

Call for Papers

Ungleichheit und politische Repräsentation

*Tagung des Teilprojekts C 7 („Die politische Repräsentation von Fremden und Armen“)
im DFG-Sonderforschungsbereich 600 „Fremdheit und Armut“ an der Universität Trier,
25.-27. Oktober 2012*

Das Prinzip der politischen Repräsentation wurde von Seiten der normativen politischen Theorie lange Zeit eher kritisch betrachtet. Zu den gängigen Kritikpunkten gehörte dabei insbesondere der Vorwurf, repräsentative Institutionen reproduzierten die qua sozialer Schichtung vorgegebene Ungleichheit. Emanzipatorisches Potential versprach man sich demgegenüber von der Ausweitung direkter Demokratie. Diese Frontstellung hat sich mittlerweile gewandelt. Die partizipatorische Demokratietheorie hat das Repräsentationsprinzip für sich entdeckt und zu einer Quelle politischer Selbstbestimmung umgedeutet. So werden zum einen für vermeintlich benachteiligte Gruppen spezifische Repräsentationsformen eingefordert. Zum anderen argumentieren jüngere Arbeiten der demokratietheoretischen Debatte, die Offenheit des politischen Raumes sowie die Diskursivität und Responsivität der Politik seien gerade durch die Differenz von Repräsentanten und Repräsentierten zu erreichen. Schließlich gewinnen auch autoritär-führungszentrierte Repräsentationsvorstellungen wieder an Bedeutung.

Im Gegensatz zu diesen theoretischen Neubewertungen politischer Repräsentation stehen die derzeit vorherrschenden Thesen über deren Praxis. Beklagt wird vor allem eine Unterrepräsentation und politische Abkopplung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen. Daraus bezieht insbesondere die mittlerweile populär gewordene These der „Postdemokratie“ einen Teil ihrer Plausibilität. Obwohl die Sozialwissenschaften gleichzeitig eine breite Debatte über neue, exkludierende Formen der sozialen Ungleichheit führen, gibt es jedoch kaum Versuche, den Zusammenhang zwischen den neuen Ungleichheitsformen einerseits und den Veränderungen des politischen Systems andererseits systematisch aufzuklären.

Die geplante Tagung thematisiert das Wechselverhältnis von Ungleichheit und politischer Repräsentation auf theoretischer und empirischer Ebene. Das veranstaltende Teilprojekt hat sich seit 2006 mit der theoretischen Fundierung und empirischen Wirkungsweise verschiedener Repräsentationsformen auseinandergesetzt. Unterschieden wurden dabei parlamentarisch-parteilpolitische, deliberativ-rationale und deskriptive Repräsentationsformen. Die Tagung bildet die Abschlussveranstaltung des Teilprojekts, dessen bisherige Ergebnisse u.a. in mehreren Tagungsbänden vorliegen.

Diese Abschlussstagung wird grundsätzlich zwei miteinander verzahnte, das Verhältnis von Öffentlichkeit, Repräsentation und sozialer Disparität fokussierende Themenbereiche behandeln:

- **1. Die politische Repräsentation sozialer Ungleichheit:** Wie lassen sich soziale Disparitäten unter den veränderten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen noch angemessen repräsentieren? Welche Chancen auf Berücksichtigung haben Artikulationen und Bewegungen der Betroffenen? Welchen Einfluss kann die advokatorische Repräsentation entfalten? Sind Reformen des Institutionensystems ein notwendiger oder hinderlicher Faktor der Repräsentation sozialer Ungleichheit?
- **2. Ungleichheit durch politische Repräsentation:** Ist politische Repräsentation grundsätzlich eher als reproduzierender oder kompensierender Faktor sozialer Ungleichheit bzw. Differenz aufzufassen? Wie wirken Ungleichheitssemantiken auf der Ebene der symbolischen Repräsentation? Wird eine auf positive Images zielende politische Repräsentation selbst zu einem soziale Ungleichheit reproduzierenden Faktor? Verstärkt der Einsatz neuer Medien die disparitäre Wirkung politischer Repräsentation ? Hat das Politische seinen Eigenwert gegenüber dem Ökonomischen verloren und verdoppelt es nur noch die Exklusionslogik des Marktes?

Themenvorschläge werden in Form eines ca. 1-2seitigen abstracts bis Ende März 2012 erbeten an: Dr. Markus Linden (lindenm@uni-trier.de) und Prof. Dr. Winfried Thaa (thaa@uni-trier.de).

Für Referenten der Tagung übernimmt der Veranstalter Reise- und Unterbringungskosten..